

URGENT ACTION

MEHR ALS HUNDERT PERSONEN WEITERHIN INHAFTIERT

NICARAGUA

UA-Nr: UA-082/2019-1 AI-Index: AMR 43/0953/2019 Datum: 30. August 2019 – mr

MEHR ALS 100 FRIEDLICHE PROTESTIERENDE IN HAFT

Mehr als ein Jahr nach den Protesten befinden sich in Nicaragua immer weit über hundert Menschen in Haft. Wir fordern die nicaraguanischen Behörden auf, all diejenigen umgehend freizulassen, die sich nur aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Haft befinden, und die Anklagen gegen sie fallenzulassen.

Amnesty International ist besorgt über die seit April 2018 anhaltende Strategie der Verfolgung und Kriminalisierung in Nicaragua. Über ein Jahr nach Beginn der Menschenrechtskrise befinden sich noch mindestens 120 Menschen in Haft, obwohl der Menschenrechtsrat und der Ständige Rat der Organisation Amerikanischer Staaten ihre Freilassung fordert und sich die nicaraguanische Regierung am 18. Juni 2019 verpflichtet hat, sie freizulassen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 18. April 2018 brachen in Nicaragua nach Jahren des institutionellen Verfalls Proteste aus. Sie waren eine Reaktion auf den Versuch der Regierung, unbeliebte und nicht im Vorhinein konsultierte Reformen im Bereich der sozialen Sicherheit einzuführen. Die Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission kamen wurden im Zuge der Krise bereits 328 Menschen getötet, darunter 21 Polizist_innen und 24 Kinder und Jugendliche, und mehr als 2000 Personen wurden verletzt. Personen der Zivilgesellschaft haben errechnet, dass mehr als 700 Menschen inhaftiert wurden. Mehr als 400 Angestellte in Heilberufen wurden entlassen, 144 Studierende wurden aus der öffentlichen Universität ausgeschlossen und über 90 Journalist_innen und Medienbeschäftigte sahen sich gezwungen, das Land verlassen. Etwa 70.000 Nicaraguaner_innen sind in benachbarte Länder geflohen, 68.000 suchen nach Angaben des UNHCR Schutz in Costa Rica.

Am 16. Mai 2019 wurde der 57-jährige Eddy Montes, der über die nicaraguanische und die US-amerikanische Staatsbürgerschaft verfügte, im Gefängnis La Modelo in Managua erschossen. Gemeinsam mit vielen weiteren Personen war er wegen seiner Beteiligung an den Demonstrationen im April 2018 festgenommen worden. Am 8. Juni 2019 verabschiedete die nicaraguanische Nationalversammlung ein Amnestiegesetz.

Im Oktober 2018 veröffentlichte Amnesty International den englischsprachigen Bericht *Instilling terror: from lethal force to persecution in Nicaragua* (<https://www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/en/>). Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die nicaraguanische Regierung eine repressive Strategie verfolgte, die darauf beruhte, vermeintliche Gegner_innen zu kriminalisieren. Personen, die gegen die Regierung protestierten, wurden als „Terroristen“ und „Putschisten“ abgestempelt, um ein entsprechend gewaltsames Vorgehen zu rechtfertigen.

Nach wie vor kommt es in Nicaragua zu Protesten, in denen die Menschen grundlegende Veränderungen fordern. Es ist über ein Jahr her, dass die Regierung scharf gegen die Teilnehmer_innen der damaligen Proteste vorging. Doch Amnesty International erhält nach wie vor Berichte über willkürliche Inhaftierungen und die Folterung von inhaftierten Personen. Einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z. B. der Menschenrechtsorganisation *Centro Nicaragüense de los Derechos Humanos* (CENIDH) wurde die Registrierung als juristische Person

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



entzogen. Sie können nach wie vor nicht ungehindert ihrer Arbeit nachgehen, und auch Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen werden weiterhin schikaniert. Die Regierung scheint nach wie vor die Strategie zu verfolgen, kritische Stimmen anhand von Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zum Schweigen bringen zu wollen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER EINE TWITTER-NACHRICHT MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, alle Inhaftierten umgehend freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallenzulassen, sofern sie sich nur aufgrund der Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit schon seit dem 18. April 2018 in Haft befinden.

APPELLE AN

PRÄSIDENT

Daniel Ortega Saavedra, Presidencia de la República
c/o Minister for Foreign Affairs
Del cine González 1 c. al Sur, sobre Avenida Bolívar
Managua
NICARAGUA
(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)
E-Mail: nicaragua@oas.org
Twitter: @DenisCanciller

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK NICARAGUA

I.E. Frau Tatiana Daniela Garcia Silva
Werftstraße 2
10775 Berlin
Fax: 030 – 206 438 16
E-Mail: embajada.berlin@embanic.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie nach dem **10. Oktober 2019** keine Appelle mehr zu versenden.

Weitere Informationen zu **UA-082/2019** (AMR 43/0406/2019, 10. Juni 2019)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to immediately release and drop all charges of all detained solely for exercising their right to freedom of expression and peaceful assembly since 18 April 2018.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

